

Aufgaben der Wissenschaft bei der Integration von Flüchtlingen

Forderungen des Deutschen Hochschulverbandes

I. Universitäten stellen sich Herausforderung

Die Integration von Flüchtlingen, die aus Afrika, dem Mittleren und Nahen Osten Schutz vor Krieg, Tod und Vertreibung in Deutschland suchen, ist eine der größten Herausforderungen für Deutschland seit der Wiedervereinigung. Bildungseinrichtungen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

Die deutschen Universitäten und die in ihnen tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nehmen die Herausforderung an, die die Integration von Flüchtlingen bedeutet. Sie stehen für Weltoffenheit, leben seit jeher vom internationalen Austausch und sind Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Vielfalt bedeutet für sie Bereicherung. Fremdenfeindlichkeit oder gar Ausländerhass haben an Universitäten keinen Platz.

Die Universitäten, viele Studierende und viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben bereits Beachtliches für die Integration von Flüchtlingen geleistet. Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten haben sie vielfältige Projekte und Programme initiiert, um Flüchtlingen den Einstieg in das Studium zu erleichtern. Das Spektrum reicht von Gasthörerprogrammen über studienvorbereitende Kurse bis hin zu Lernpatenschaften. Lernende und Lehrende stellen darüber hinaus täglich unter Beweis, dass der Leitspruch „Refugees welcome“ an den Hochschulen gelebte Wirklichkeit ist. Unter oftmals großem persönlichem Einsatz unterstützen sie Flüchtlinge bei Behördengängen, durch kostenlose Rechtsberatung und medizinische Beratung oder mit Angeboten zur Freizeitgestaltung. Auch der Deutsche Hochschulverband als Berufsvertretung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist über die durch ihn ins Leben gerufene Deutsche Universitätsstiftung mit den beiden Mentoring-Programmen

„Welcome“ und „hochform“ an Initiativen zur Unterstützung von Studierenden beteiligt, die auf Grund von Krieg und Verfolgung nach Deutschland gekommen sind. In diesen Programmen wird eine eins zu eins Betreuung von Studierenden durch einen Hochschullehrer sowie eine flankierende Studienbegleitung durch Integrationskurse und studiennahe Workshops gewährleistet.

II. Forderungen des DHV

1) Finanzielle Unterstützung der Hochschulen

Es ist gegenwärtig nicht davon auszugehen, dass der Flüchtlingsstrom nach Deutschland und Europa in nächster Zeit versiegen wird. Nach einer nichtrepräsentativen Befragung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge haben 15 Prozent der Asylbewerber eine Hochschule und 16 Prozent ein Gymnasium besucht. Viele Flüchtlinge bringen damit formelle Voraussetzungen für ein Studium in Deutschland mit. Erste vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich bis zu 50.000 Flüchtlinge an deutschen Hochschulen ein Studium aufnehmen könnten. Die Universitäten, die ohnehin unter chronischer Unterfinanzierung leiden, werden diese Herausforderung nicht ohne zusätzliche Mittel stemmen können. Bund und Länder haben signalisiert, Hochschulen bei der Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Der DHV begrüßt diese Zusagen und drängt auf ihre Konkretisierung. Zugleich erwartet er, dass die in Aussicht gestellten Hilfen angesichts sich laufend ändernder Realitäten fortwährend und bedarfsgerecht angepasst werden.

2) Keine Leistungsabstriche bei Studienzulassung und Prüfung

Die deutschen Universitäten sind gerne bereit, Flüchtlinge als Studierende aufzunehmen. Die Zulassung zum Studium muss jedoch an sprachliche und fachliche Voraussetzungen gebunden bleiben. Abstriche von Leistungsstandards darf es nicht geben. Das gebietet allein schon die Fairness gegenüber allen Bewerberinnen und Bewerbern um einen Studienplatz. In vergleichbarer Weise dürfen die Universitäten fachliche Leistungsanforderungen im Bachelor- und Masterstudium nicht um der Integration willen absenken.

3) *Passgenaue Beratung durch „Willkommenslotsen“*

Damit Flüchtlinge ein passgenaues Studium aufnehmen können, sind zunächst ihre Studienvoraussetzungen und Fähigkeiten zu ermitteln. Trotz aller bisherigen Anstrengungen ist die Abbruchquote unter internationalen Studierenden an deutschen Hochschulen nach wie vor hoch. In Bachelor-Programmen lag sie schon vor dem dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen bei 40 Prozent. Umso wichtiger ist es für studierwillige Flüchtlinge, eine gezielte, auf ihre individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten zugeschnittene Studienberatung vor und während des Studiums zu erhalten.

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung hat im September 2015 in einer gemeinsamen Erklärung beschlossen, „Willkommenslotsen“ als Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit vor Ort einzusetzen. Der DHV schlägt vor, dieses Instrument auch für die Universitäten zu nutzen und dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die „Willkommenslotsen“, die beispielsweise an vorhandenen „Welcome Centers“ angegliedert werden könnten, sollen zentrale Ansprechpartner für Flüchtlinge werden. Zu ihren Aufgaben sollte gehören, detailliert über Studienverlauf, die im Studium zu erbringenden Leistungen und über die nach dem Studium bestehenden Berufsfelder aufzuklären. Außerdem sollten sie die Eingliederung in das neue soziale Umfeld begleiten.

4) *Ausbau von Sprach- und Vorbereitungskursen*

Höchste Hürde für die Aufnahme eines Studiums bleiben für Flüchtlinge nach wie vor mangelnde Deutschkenntnisse. Selbst akademisch versierte Flüchtlinge benötigen mindestens ein Jahr Zeit, um die deutsche Sprache auf Hochschulniveau (B2 oder C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens) in Wort und Schrift zu beherrschen.

Der weitere Ausbau englischsprachiger Studienangebote wird hier keine Abhilfe schaffen. Ein solcher Schritt mag zwar vordergründig vielen Flüchtlingen den Studieneinstieg erleichtern. Für eine nachhaltige Integration in Deutschland bleiben jedoch Kenntnisse in der Landessprache unentbehrlich. Ein „deutschfreies“ Studium ist insofern eine Scheinlösung.

Wichtiger ist, den Aufbau fachlich, fremdsprachendidaktisch und interkulturell geschulten Lehrpersonals voranzutreiben, das studieninteressierten Flüchtlingen adäquaten Deutschunterricht geben kann. Gegenwärtig ist der Bedarf an solchen Experten groß. Nicht überall kann er gedeckt werden. Der DHV fordert daher Bund und Länder dazu auf, im Rahmen von Aus- und Fortbildungsprogrammen das Lehrpersonal von Deutschkursen, dem die entsprechende Qualifikation fehlt, weiter zu professionalisieren.

Soweit studierinteressierte Flüchtlinge die fachlichen Voraussetzungen für ein Studium nicht mitbringen, müssen sie die Chance erhalten, die erforderlichen Kenntnisse in Intensivkursen zu erwerben. Dazu müssen Bund und Länder das Angebot an Studienkollegs und vergleichbaren Einrichtungen deutlich erweitern und aufstocken. Die Hochschulrektorenkonferenz hat Kosten von mindestens 4.000 Euro pro Person und Jahr für Propädeutika und Sprachbildung veranschlagt.

Online-Angebote werden bei der sprachlichen und fachlichen Studienvorbereitung vorerst nur eingeschränkt helfen können. Präsenzangebote können sie zwar ergänzen, nicht jedoch ersetzen. Dazu fehlt in der Regel das für den Lernerfolg erforderliche stabile Lernumfeld bei Flüchtlingen, insbesondere wenn sie in Sammelunterkünften leben. Die Hoffnung, mittels digitaler Lehrinhalte die Integrationskosten kostengünstiger gestalten zu können, trägt.

5) Sicherer Aufenthalt und Perspektive nach dem Studium

Der Studienerfolg von Flüchtlingen setzt nicht nur ihre Leistungsbereitschaft voraus. Für ihre Lernmotivation ist auch ihre Zukunftsperspektive entscheidend. Flüchtlinge, die ein Studium aufnehmen, benötigen Klarheit über ihren Aufenthaltsstatus durch zügige Asylverfahren. Sie benötigen zudem finanzielle Unterstützung und sollten bei einem erfolgreichen Abschluss über eine zeitliche Bleibeperspektive von mindestens zwei Jahren verfügen.

Die Universitäten werden weiterhin zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen beitragen, die notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen allen voran der Bund, aber auch die Länder definieren und schaffen.

6) *Integration von Wissenschaftlern*

Neben Studierenden sind Wissenschaftler die bevorzugte Zielscheibe staatlicher Gewalt autoritärer Regime. Die Bestrebungen, deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen in die Lage zu versetzen, bedrängten Forschern eine Perspektive zu eröffnen, damit diese ihre Arbeit fortsetzen und gegebenenfalls in nicht allzu ferner Zukunft am Wiederaufbau ihrer Heimat mitwirken können, stecken bislang noch in den Kinderschuhen. Private Initiativen wie „Chance for Science“ (<https://home.uni-leipzig.de/~chanceforscience/>), die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst aufgelegten Stipendienprogramme für syrische Flüchtlinge (<https://www.daad.de/laenderinformationen/syrien/stipendienprogramme/de/7854-fuer-syrer-nach-deutschland/>), die vom Auswärtigen Amt geförderte Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung (<https://www.humboldt-foundation.de/pls/web/docs/F-2068982815/psi-programm.pdf>) sowie das von Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft geplante Pilotprojekt zur Integration von Flüchtlingen in die Wissenschaft sind erste wichtige Schritte in die richtige Richtung, denen weitere folgen müssen. Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen sind dazu aufgerufen, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dazu beizutragen, dass bedrängte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Maßgabe ihrer Qualifikation ins deutsche Wissenschaftssystem integriert werden.

Berlin, 5. April 2016